

MARIE-ELISABETH REHN

„Enclosed please find monthly report . . .“ (Teil 4 und Schluß)

Die sozialen Spannungen zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Flüchtlingen schienen sich seit dem Auftreten letzterer als selbstbewußte politische Kraft noch zu verstärken. Beliebt hatten sich die Neubürger während des Wahlkampfes nicht gemacht. Sir Ronald berichtet nach Kiel: „In den größeren Städten wie Heide hat der BHE für seine Wahlkampagne bei den verschiedenen Händlern beträchtliche Summen aufgetrieben. Diese haben Beträge bis zu 50 Mark gespendet, damit ihre Läden nicht von den Flüchtlingen boykottiert werden.“ Monat für Monat berichtet der Brite von den wachsenden Aversionen der Einheimischen, die „ziemlich streitbar werden können, wenn man sie dauernd reizt“. Dies sei besonders unter der bäuerlichen Bevölkerung zu beobachten. Vor allem in Wohnungsfragen herrsche das Gefühl vor, daß für die Flüchtlinge wesentlich mehr getan worden wäre als für die Bedürftigen unter den Einheimischen. Und Sir Ronald faßt zusammen: „Ich glaube, daß sehr viel Fingerspitzengefühl nötig sein wird, um Schlimmeres zu verhindern.“ Das Resultat: „Es gab eine Reihe schneller Wechsel beim Kreiswohnungsamt. Die letzten beiden Amtschefs waren Flüchtlinge, der nächste Mann wird ein Einheimischer sein.“

In Heide spitzt sich mittlerweile ein Problem zu, das bereits 1949 mit der Ausschreibung des Bürgermeisterpostens begonnen hatte. Aus der Schar der 135 Bewerber hatte man sich für den Flensburger Dr. Boysen entschieden, der seine Verwaltungserfahrungen im dortigen Kreiskrankenhaus gesammelt hatte. Im November 1949 berichtet Sir

Ronald vom Amtsantritt des neuen Stadtdirektors, von dem er meint: „Er scheint gegenüber seinem Vorgänger eine Verbesserung zu sein.“ Während sich der British Resident im Dezember 1949 langatmig über die Vorgespräche zur Eingemeindung von Lohe und Rickelshof nach Heide ausläßt, gibt es bezüglich der spektakulären Geschehnisse um den neuen Bürgermeister eine Lücke, die durch Sonderberichte abgedeckt wird, denn einmal heißt es in seinen Ausführungen: „Ein Bericht über die örtliche politische Situation ging bereits nach Kiel.“ Einziges Fazit, das aus den dunklen Andeutungen gezogen werden kann: Dr. Boysens NS-Vergangenheit wird von der Landesregierung nicht gutgeheißen. Und die Heider Bürgervertreter kommen während des gesamten Jahres 1950 zu keiner deutlichen Entscheidung für ihren Bürgermeisterkandidaten. Schließlich zieht man sogar ein Plebiszit in Erwägung.

1951 – Die letzten Monate des British Resident

Das Schicksal des Bürgermeisterkandidaten im Jahr 1951 wird typisch sein für die Stimmung, die dieses Jahr prägt. Die Vergangenheit ist kein Thema mehr, mit nationalistischen Parolen kann sich keine rechte Partei mehr profilieren. Allenthalben ist man rehabilitiert. Die 131er machen Schlagzeilen: Wer einst als Beamter innerhalb der NSDAP, oder der ihr angegliederten Einrichtungen tätig war, hat wieder ein Recht auf seine Eingliederung in den Staatsdienst und auf

seine Pension. Anfang 1951 kommt grünes Licht aus Kiel. Sir Ronald: „Die Entwicklung um den Heider Bürgermeister Dr. Boysen hat eine neue Phase erreicht. Da Dr. Boysen jetzt in die Entnazifizierungskategorie V eingestuft worden ist, kann er künftig als der gewählte Bürgermeister betrachtet werden.“ Dr. Harald Boysen gehört jetzt in die Kategorie der „Entlasteten“. Selbstbewußt zieht der bisher verhinderte Bürgermeister vor Gericht. Ihm geht es darum, wie der berichterstattende Brite hervorhebt, das Datum seiner ursprünglichen Ernennung anerkannt zu wissen, nicht zuletzt wegen späterer Pensionsansprüche. Bald ist das Gezerre um den umstrittenen Mann aus Flensburg vergessen. Dr. Harald Boysen ist von 1952 bis 1962 Bürgermeister von Heide.

Im Juli geht es im Heider Magistrat noch einmal um das Thema Nationalsozialismus. Sir Ronald erwähnt kurz und kommentarlos: „Mit der Frage einer Pension für Ex-Bürgermeister Herwig befaßte man sich in einer nicht-öffentlichen Sitzung.“ So bleibt es dem Leser überlassen, sich den Verlauf der Debatte über den einstigen SS-Oberführer und Leiter der SD-Außenstelle Heide selbst vorzustellen. Linke Parteiveteranen wie der SPD-Mann Peter Kuskopf, die sich an ihren einstigen Peiniger noch gut erinnern würden, sind in den kommunalen Bürgervertretungen rar geworden. Sir Ronald beschreibt die Situation nach den Kommunalwahlen im Frühsommer 1951 für den Kreistag: „Er hat sich sehr geändert und viele einstige Persönlichkeiten sind verschwunden.“ Was zu den „neuen“ Persönlichkeiten zu ergänzen wäre, sei hier am Beispiel des frischgebackenen Kreistagsmitgliedes Alfred Böttcher (Unabhängige) durchgespielt: Böttcher ist der Besitzer des größten Warenhauses in Heide. Ein hoher Bekanntheitsgrad unter der Norderdithmarscher Bevölkerung ist somit garantiert. 1933, im Jahr des SA-Terrors und der Gleichschaltung, hatte der „Heider Anzeiger“ am 27. November gemeldet: Alfred Böttcher ist jetzt Kreisführer für den Einzelhandel. Lobend wird sein altes Engagement für die NSDAP hervorgehoben. Böttcher ist Mitglied seit 1928, dem Jahr des spektakulären Hitler-Besuchs in Heide.

Ein weiterer unabhängiger Kandidat ist in Dithmarschen ebenfalls seit langem bekannt: Der Albersdorfer Dr. Grantz. Es ist mittlerweile Jahrzehnte her, daß der Albersdorfer Tierarzt auf der lokalpolitischen Bühne eine Rolle gespielt hatte. Grantz ist früher Anhänger der NSDAP und bald SA-Brigade-Führer in Dithmarschen, wo die „Bewegung“ frühe Erfolge verbuchen kann. Lokalpatriotisch und ehrgeizig zugleich, fühlt sich der Tierarzt von Gauleiter Lohse übergangen, als es um die Aufstellung der Listen für Provinziallandtag und Kreistag geht (Schulz 1986, S. 26–28). Kurzerhand soll er 1929 einen Gau Dithmarschen proklamiert haben, wie aus einer Darstellung seines einstigen Parteigenossen Matthiessen hervorgeht (Matthiessen 1980, 111). Zwischen Grantzisten und Anhängern der Hitler-Bewegung kommt es zu einem üblen Zusammenstoß und einem Prozeß. Nach dem Krieg entsteht die groteske Situation, daß sich der Parteiveteran praktisch als NS-Opfer darstellen kann. In den Ermittlungen gegen den einstigen Gauleiter Lohse ist die Aussage Dr. Grantz' zu finden (BA Z42 IV 7202): „Ich bin durch Lohse schwerstens materiell und ideell geschädigt worden und zwar durch wirtschaftlichen und beruflichen Boykott, Haussuchungen, Überfälle, Mißhandlungen, Beschädigung am Wohnhaus, Verlust der Praxis und Fleischbeschau, des gesamten Vermögens, Verhaftungen, Gefängnis, Konzentrationslager, Ausweisung aus der Provinz...“ Nun kandidiert der Albersdorfer im Jahr 1951

wieder für den Kreistag, und wieder muß sich Dr. Grantz mit seinen rechtsextremen Gesinnungsgenossen entzweit haben, wie seine Kandidatur als „Unabhängiger“ beweist. Dies sei nur ein kleiner Hinweis auf die Vielschichtigkeit der politischen Verhältnisse im demokratischen Nachkriegsdeutschland in der Provinz.

Es bleibt im Jahr 1951 nicht beim Auftreten rechter Einzelkämpfer. In diesem Jahre formiert sich die einheimische Rechte als Gegengewicht zur Flüchtlingspartei. Im März berichtet Sir Ronald: „Ein gewisses Ausmaß an Aktivität ist wegen der Gründung des Schleswig-Holsteinischen Wählerverbandes zu verzeichnen. Ex-Landrat Beck, der hinter den Kulissen für die DP tätig war, soll für den Verband aktiv sein, aber sein Name wird nicht öffentlich genannt. Der Vorsitzende des Landgemeindefestages ist die Hauptfigur in dieser Heimatpartei. Die Gründung der Partei hat für Konsterniertheit unter den rechten Parteien gesorgt, auch bei rechten Mitgliedern der BHE. Die meisten Leute scheinen schockiert zu sein angesichts der Haßtiraden von SHG-Sprecher Hartmann, wie mein politischer Berichterstatte zu erzählen weiß. Rechtsanwalt Kay soll der vorläufige Vorsitzende des Wählerverbandes in Heide sein. Der Kreisvorsitzende ist Exleutnant Schüler und sein Vertreter ist Otto Johannsen aus der Gegend von Büsum. Man sagt, daß bereits eine ganze Reihe Einheimischer, vor allem aus der Geest, in diesen Verband eingetreten sind.“

Vor diesem Hintergrund treten die Kreishonoratioren im Sommer hohem Besuch aus den Reihen der Besatzer mit selbstbewußter Routine gegenüber. Sir Ronald als Berichterstatte: „Miss Robinson, die von 1947 bis 1949 für das britische Rote Kreuz im Kreis tätig war, kam zweimal zu Besuche und wurde von alten Bekannten begeistert begrüßt. Sie war von all den Verbesserungen, die sie zu sehen bekam, sehr angetan.“ Umständlich und detailliert berichtet Sir Ronald von weiteren Besuchern: „Am 16. August besuchten Herr Asbury, der Landeskommissar, und Herr Luce, der designierte Landeskommissar, Heide mit dem Zug, wo sie Herrn Glüsing, den Kreispräsidenten, und den Landrat Hannemann trafen. Die deutschen Amtsinhaber zeigten sich erfreut angesichts der Tatsache, daß Herr Luce über eine fünfjährige Deutschlandfahrt verfügt. Die Norderdithmarscher beerhten Herrn Asbury mit einem großen Porzellankrug. Dieser bedankte sich mit einer – wie ich meine, falschen – Anspielung auf Rebekka in der Bibel. Es war wohl eher Rachel mit dem Krug!“

Für die Bevölkerung bleibt alles beim alten: „Die Arbeitslosigkeit betrifft etwa 32 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Seit Dezember 1950 sind 2538 Arbeitslose hinzugekommen, insgesamt gibt es jetzt 17 200. Ein weiteres Ansteigen wird während der nächsten Monate erwartet, und man hofft, daß ihre Zahl nicht die 19 000 überschreiten wird. Manche Betriebe machen Kurzarbeit oder entlassen Leute, zum Teil, weil sie keine Kohle haben. Man berichtet, daß es zur Zeit ernsthafte Lieferschwierigkeiten im Baugeerbe gebe, besonders, was Ziegelsteine und Kacheln betrifft. Die Landarbeit ruht und viel Land steht unter Wasser.“ Die Preise steigen immer noch: „Der anderthalb-Kilo-Laib Roggenbrot ist seit dem Ende letzten Jahres von 57 auf 67 Pfennige gestiegen. Gemüse ist um zehn und Roggenprodukte sind um 30 Prozent teurer geworden. Für Lederwaren gibt es Preissteigerungen von zehn und für Textilien von 20 bis 25 Prozent. Billige Margarine kostet statt 82 Pfennig eine Mark. All dies betrifft am meisten die Niedrigverdiener.“ Rückschlüsse auf eine fast inflationäre Preisentwicklung läßt folgende Meldung zu: „Wegen der

gestiegenen Preise werden die Gehälter der örtlichen Beamten und Angestellten um 15 Prozent erhöht. Die Kreisbediensteten hatten eine 20prozentige Gehaltserhöhung gefordert, und es ist noch ungewiß, ob es zum Streik kommen wird. Der Landrat hat gedroht, er werde im Fall eines Streiks die Abwesenheitszeit vom jeweiligen Lohn abziehen.“

Neben dem schlechten Wetter, das den Bauern das ganze Jahr über zu schaffen macht, ist auch noch eine Seuche ausgebrochen: die Schweinepest. Sir Ronald meldet: „Es gibt Fälle in Delve, Wiemerstedt, Fedderingen, Westerdeichstrich und Süderholm. Insgesamt sind 230 Schweine und 60 Ferkel betroffen. Auch Fälle von Maul- und Klauenseuche sind in Lehe, im Lundener Koog und Hemmerwurth aufgetreten.“ Und der besorgte Brit fügt hinzu: „Ich habe gehört, daß große Mengen Schweinefleisch nach England exportiert werden sollen. Ich hoffe, daß keines der Tiere, die da eingedost werden, krank ist.“ Weiter heißt es zu den aktuellen Fragen der Landwirtschaft: „Wegen der Absatzschwierigkeiten mit dem Kohl wollen die Bauern sich jetzt mehr dem Anbau von Zuckerrüben zuwenden. Nach all den Versprechungen der Regierung, den Import von Gemüse zu kontrollieren, sei das jetzt ihre Entscheidung. Die Bauern konnten bis jetzt nur das hochgelegene Land bestellen. Alles andere steht unter Wasser. Die Saat erfolgte drei Wochen später als gewöhnlich.“

Auch die erbosten Büsumer Fischer machen mobil. Wegen einer geplanten Erhöhung der Dieselpreise kommt es zu einer Protestveranstaltung. Hermann Glüsing als Bundestagsmitglied ist anwesend und verspricht vor 500 Leuten, die Angelegenheit in Bonn vorzutragen. Sir Ronald: „Soweit ich es verstanden habe, will man in Bonn lieber weniger Geld für Arbeitslose ausgeben als zusätzliches Geld durch den Dieserverkauf einnehmen.“ Der Brit versucht sich auch in einer Erklärung für die zunehmenden Probleme der Fischer: „Der Bürgermeister in Büsum sagte mir, es gebe hier an der Küste zu viele Fischerboote. Und wenn die Fischer die Schleppnetze nicht benutzen könnten, fischten sie nach Krabben, was dann wieder zu einem Überangebot führe. Außerdem ist da die alte Geschichte von den vielen Zwischenhändlern. Die Fischer bekommen gerade ein Minimum für ihre Fänge, während der Endverbraucher kaum genug in seiner Börse hat, um die Preise zu zahlen.“ Rund 300 Fischereihelfen sind arbeitslos.

Trotzdem reißt auch die Serie der Erfolgsmeldungen nicht ab: „Die Fertighausfirma Delfs in Albersdorf, die jetzt Häuser nach Australien exportiert, hat in diesem Monat weitere 20 Leute eingestellt und benötigt in Kürze weitere Arbeitskräfte. Die Werft in Büsum hat viel zu tun und soll auch für die nächste Zeit voll ausgelastet sein. Im letzten Monat wurde ein 300-Tonnen-Frachtschiff für die Rendsburg-Carlshütte vom Stapel gelassen. Die Erdölwerke wollen gegen Monatsende weitere 100 Mann einstellen. Die DEA scheint jeden Tag zu wachsen. Neue Tanks und andere Bauten schießen wie durch Zauber empor. Für die zwei neuen Tanks, die je 12 000 Kubikmeter fassen, ist eine Lieferung von 15 800 Tonnen aus dem Nahen Osten gekommen. Jetzt soll noch ein weiterer Tank errichtet werden. Östlich von Helmsand wird im Meer bis zu einer Tiefe von 2400 Metern nach Öl gebohrt.“ Mai 1951: „Die Beschäftigungssituation scheint sich zu verbessern. Weitere 1700 Leute haben eine Stelle gefunden. Aufforstungsarbeiten finden in beiden Kreisen statt, und vier Torffirmen haben die Arbeit aufgenommen und stellen Leute ein. Die Maschinenfabrik Köster hat einen Vertrag unterzeichnet

und exportiert jetzt Pumpen nach Belgisch Kongo. Auch nach Südafrika sind Lieferungen gegangen. Die Firma hat auch Abkommen mit Italien, der Türkei und Uruguay getroffen.“

Zu Beginn der Sommerferien berichtet Sir Ronald: „Die Woche vom 9. bis zum 14. Juli war zum Ende des Sommerhalbjahrs an den Schulen ganz dem üblichen Vogelschießen gewidmet mit Spielen, Umzügen und Tanzvergnügungen. In Heide feierten die 4500 Schulkinder drei Tage lang. In anderen Städten und auf den Dörfern dauerten die Festlichkeiten einen Tag. Jetzt scheinen die meisten Kinder irgendwo in Sommerlagern zu sein oder verreisen sonstwohin mit ihren Eltern, obwohl alle klagen, daß es an Geld fehlt.“

Die hohen Arbeitslosenzahlen im Kreis sind ein Thema, das mit allen Erfolgsmeldungen nicht unter den Tisch gekehrt werden kann. Während der ersten Jahreshälfte 1951 kann die KPD mit einer Arbeitslosenkampagne für Schlagzeilen sorgen. Sie beginnt in den Lageberichte mit einer Meldung im Januar-Bericht: „Vergangenen Freitag, am 19. Januar, rief mich Herr Stammer an und berichtete, daß ein Arbeitslosentreffen in einem Heider Kino vom Landesarbeitsamt verboten worden sei und daß der Kinobesitzer seine Lizenz verlieren werde, sollte das Treffen doch stattfinden. Auf meine Anfrage betonte Dr. Lange vom Heider Arbeitsamt mir gegenüber, er wisse davon nichts, und die Veranstaltung sei keine Angelegenheit seiner Behörde. Er habe lediglich verboten, auf dem Areal des Amtes Flugschriften an die Bezieher von Arbeitslosenunterstützung zu verteilen. Das ‚Norddeutsche Echo‘ vom 20. Januar berichtete über den Zwischenfall und schlug Kapital aus dem Verbot mit Schlagzeilen wie ‚Wo bleibt hier die Demokratie?‘ und ‚Was ist mit den Grundrechten?‘ Die geplante Versammlung fand schließlich am 22. Januar statt und wurde von 400 Leuten besucht.“

Sehr zum Ärger der Gewerkschaften geht es in dieser Versammlung um die Frage von Erwerbslosenausschüssen als Interessenvertretung der Arbeitslosen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn der DGB an die Versammlungsteilnehmer ein Flugblatt verteilt, in dem es über diese Pläne heißt: „Wir haben festgestellt, daß in jedem Falle politische Agitatoren dahinterstehen, die aus der großen Not unserer Erwerbslosen parteipolitisches Kapital schlagen wollen. Erwerbslosenausschüsse werden von keiner Stelle als Verhandlungspartner anerkannt... Auch die Erwerbslosen gehören in die Gewerkschaft!“ Sir Ronalds Beobachter in den Kammerlichtspielen findet den Saal brechend voll. Mit Akribie berichtet er vom Verlauf der Debatte. Zu Beginn wird eine Resolution verlesen mit der wichtigsten Forderung nach einer 30prozentigen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Dann werden die Vertreter der Parteien zu Redebeiträgen aufgefordert. Als sich niemand zu Wort meldet, gibt es schallendes Gelächter. Schließlich nutzt ein DP-Vertreter die Gelegenheit und erweitert den Forderungskatalog der Arbeitslosen um einige Punkte: Erhöhung der Kinderzulage, Fett- und Feuerungsbeihilfen, reduzierte Strom- und Gaskosten, ermäßigte Radiogebühren und sogar preisgünstigere Haarschnitte. Dann meldet sich der KP-Funktionär Stammer zu Wort und kritisiert Gewerkschaftssekretär Rohwedder wegen seiner Beteiligung am Versuch, die Veranstaltung zu verbieten. Pauschal greift er DGB und Parteien an, daß sie nichts für die Arbeitslosen unternähmen. Dann geht es gegen die Stadt Heide, die immerhin imstande sei, zwei bezahlte Bürgervertreter auszuhalten zu Kosten von 16 000 Mark im Jahr.

Oft unterbrochen, versucht sich der Gewerkschaftsvertreter in einer Gegendarstellung. Die Gewerkschaft habe bereits zweimal eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gefordert, und man sei auch zur Zeit wieder am Verhandlungstisch. Schuld an der Misere sei die Bundesregierung und nicht der DGB. Der Bund zöge es vor, Geld für die Wiederbewaffnung und die Landespolizeikräfte auszugeben. Dann meldet sich ein Sprecher der rechten SRP und fordert unter dem Beifall der Anwesenden eine schärfere Formulierung der Resolution, ergänzt durch den streitbaren Abschluß: „Unsere Geduld ist jetzt zu Ende.“ Schließlich wird von den Versammlungsteilnehmern ein Ausschuß bestimmt. Neben dem KP-Mann Stammer werden Diemel und Baierle von der SRP gewählt. Während des samstäglich-lichen Wochenmarkts wird das Arbeitslosenkommitee erstmals aktiv. Der Anlaß ist denkbar banal und zeugt eher von der Sensationsgier der Marktbesucher als von der politischen Urteilskraft des Initiators Willi Stammer. Es geht um den volkstümlichen Salzhering. Ein Fischhändler aus Neumünster kann dem Marktkontrolleur keine gültige Lizenz vorweisen, es kommt zu einem erbosten Wortwechsel und „zu einigem Ärger“ wie es im typisch britischen Understatement heißt: „Stammer von der KPD griff ein und schließlich schlug das Norddeutsche Echo eine Menge Kapital aus dieser trivialen Angelegenheit.“ Wenig später kommt es erneut zu einer Versammlung der Erwerbsloseninitiative. Wieder erscheinen rund 300 Leute. Diesmal geht es „viel friedlicher“ zu als beim ersten Mal. Ein Forderungskatalog ist aufgestellt worden und soll jetzt den zuständigen Stellen vorgelegt werden. Er steht in der nächsten Sitzung der Heider Stadtverordneten auf der Tagesordnung. Sir Ronald listet die Forderungen auf: 1. Ermäßigung der Gas-, Strom- und Wassergebühren um 50 Prozent. 2. 10 Mark Zuschuß für Kohle für jede arbeitslose Familie. 3. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und des Familienzuschusses um 10 bzw. 5 Mark. 4. Bildung eines Ausschusses zur Preiskontrolle, in dem alle Parteien und die Gewerkschaften vertreten sind. Die Vertreter der Erwerbsloseninitiative sitzen auf den Zuschauerbänken, als die Heider Bürgervertreter entscheiden: Wegen Punkt 1 werden zwei Mitglieder des Komitees zur nächsten Sitzung geladen. Die Forderungen 2 und 3 sollen durch den städtischen Wohlfahrtsausschuß an das Land weitergereicht werden. Forderung 4 geht an den Kreis zur Weiterleitung an den Bund.

Zwei Protestmärsche zum Rathaus und zum Landratsamt bleiben ohne Folgen. In den kommunalen Gremien beruft man sich auf die Geschäftsordnung. Während sich unter den Zuhörern tumultuarische Szenen abspielen, werden zwar die Resolution des Arbeitslosenkommitees zusammen mit anderen Protestbriefen von der Arbeiterwohlfahrt, dem Reichsbund und DAG und DGB zur Kenntnis genommen, aber lediglich ein Antrag der SPD-Fraktion auf eine Gebührenermäßigung für Bedürftige wird schließlich an den zuständigen Ausschuß verwiesen.

Schließlich werden alle Hoffnungen zunichte gemacht. Auf der Tagesordnung der Heider Stadtverordneten steht am 5. April die Erhöhung der Gaspreise. „Stammer und 60 Arbeitslose, die von diesem Punkt auf der Tagesordnung erfahren hatten, waren anwesend, ebenso wie ein Reporter der Hamburger Volkszeitung“, berichtet Sir Ronald, der längst festgestellt hat, daß die Vertreter der rechten Parteien sich inzwischen an diesen turbulenten Aktionen nicht mehr beteiligen. „Während der Diskussion griffen die Arbeitslosen ein, sehr zum Ärger von Bürgervorsteher Stein, der schließlich laut wurde und mahnte, das Publikum dürfe

nicht an der Diskussion teilnehmen. Schließlich mußte der Saal geräumt werden. Protestierend leitete Stammer seine Gefolgschaft aus dem Saal.“ Nach den Kommunalwahlen wird mit 18 Stimmen die Erhöhung der Gaspreise durchgesetzt, gegen die sieben Stimmen der SPD-Fraktion.

Der kalte Krieg nimmt im Jahr 1951 bald schärfere Formen an. Nach ihren Mobilisierungserfolgen unter den Arbeitslosen versucht sich die KPD in weiteren Aktionen. „Organisiert eine Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland noch in diesem Jahr!“ Die Ostzonenpropaganda für einen baldigen Friedensvertrag kommt bei der kriegsmüden Bevölkerung gut an, beobachtet der Brite, der über die Phantasie und Vielseitigkeit in dieser Kampagne staunt. In einem Brief aus Köthen an das Heider Landratsamt, in dem es um eine ganz reguläre Vormundschaftsangelegenheit geht, heißt es: „Krieg bringt Krankheit, Not und Tod. Darum sei ein aktiver Kämpfer für den Frieden.“ Die Polizei reagiert jetzt auf Flugblattaktionen mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Das kommunistische Organ der Region, das „Norddeutschen Echo“, wird am 12. Juni verboten, lauter Zeichen des späteren KPD-Verbotes. Aufmerksam beobachtet Sir Ronald die mannigfachen Querverbindungen unter kommunistisch unterwanderten Splittergruppen. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft lädt zu einer Tanzveranstaltung im Hotel Hindenburg in Heide. Ein Mitglied der Sozialdemokratischen Aktion taucht in den Einladungen als Gastgeber auf. Und schadenfroh vermerkt der Brite wenig später: „Der Vorsitzende der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Heide wird jetzt von der KPD verdächtigt, ein Spion der Besatzungsmächte oder einer rechten Partei zu sein, denn er schwimmt immer in Geld.“

Ein regionales Thema bewegt die Gemüter 1951: Helgoland wird von den Briten als Übungsgebiet für Bombenabwürfe beansprucht. Rechte und linke Parteien sind sich in ihrer Gegnerschaft gegen diese Pläne einig. Sir Ronald faßt zusammen: „Was das Bombardieren von Helgoland betrifft, so hat es zu einer steigenden antibritischen Bewegung geführt.“ Die Büsumer Fischer, die Helgoland als Nothafen für die Besitzer kleiner Boote gefordert hatten, sind für die KPD nicht mehr zu aktivieren. Einer Einladung zur Bildung eines Helgolandausschusses folgen nur 13 Leute. Und es sind vermutlich eben diese 13 KPD-Mitglieder, die schließlich von Neufeld nach Helgoland fahren wollen, und, wie der Brite berichtet, von der Polizei aus Süderdithmarschen nach Hamburg zurückgebracht wurden. Aber auch ein Kompromißvorschlag aus den Reihen der Landesregierung geht daneben. Sir Ronald resümiert: „Der Sturm im Wasserglas, den der Verkehrsminister mit seinem Vorschlag verursacht hatte, Trischen als alternativen Bombenübungsplatz zu nutzen, ist jetzt vorbei.“ Der KRO zitiert den Kreispräsidenten, der befürchtet, daß nach Bombenübungen der RAF in kürzester Zeit nichts mehr von der Insel übrigbleiben würde. Schon jetzt seien die Deiche nicht mehr zu reparieren, und bei Flut sei die Insel nur noch ein Haufen Sand.

Auch ein bundesweites Thema beschäftigt die Gemüter: Die geplante Schaffung einer Bundes- oder Länderpolizei, die den Beschlüssen der Bundesregierung mehr Nachdruck verleihen soll. Sir Ronald versucht, die Stimmen aus der Bevölkerung zusammenzufassen, wo die Meinung vorherrscht, es sei die Schuld der Alliierten, daß die Polizei in den verschiedenen Ländern derzeit wenig schlagkräftig und teilweise auch politisch unzuverlässig sei. Nach der Kapitulation habe man nur Personal mit „sauberer“ militärischer

Vergangenheit eingestellt, das sich als unzuverlässig erwiesen habe. Gegner der Wiederbewaffnung hingegen befürchten, daß eine Bundespolizei den Grundstock für eine neue Armee bilden würde, und klarsichtige Leute forderten deshalb, daß eine Bundespolizei niemals den Befehl erhalten sollte, gegen Feinde von außerhalb zu kämpfen. Wieder andere kritisieren die hohen Kosten, die der Kanzler in Verbindung mit einer Polizeitruppe von mehr als 30 000 Mann erwähnte. Soweit die Argumente zum Stichwort Polizei, die Sir Ronald im Jahr 1951 präsentiert. Seine Berichte über die Polizeitruppe im Jahr 1948 hatten noch ganz anders geklungen. Damals hatte er immer wieder auf den desolaten Zustand der Ordnungskräfte hingewiesen: „Einige Polizisten tragen Zivilkleider oder ausrangierte Uniformteile, und besonders ihre Hosen sind in einem bedauerlichen Zustand. Die meisten versuchen, ihre fadenscheinige Bekleidung durch den noch einigermaßen gut erhaltenen Wintermantel zu kaschieren. Die Öffentlichkeit lacht über den Zustand der Ordnungshüter.“ Erst im August 1948 kann Sir Ronald aufatmen: „Die Herausgabe der neuen blauen Uniformen an die Polizei im Kreis hat zu großer Befriedigung geführt. Die Uniformen haben den Männern ein besseres Aussehen und eine bessere Moral verliehen. Aber der Zustand ihrer Behausungen ist immer noch erbärmlich und es mangelt an Transportmöglichkeiten. Der Public Safety Offizier berichtete mir, daß die Bezahlung, besonders die der unteren Ränge, nicht gerade dazu führt, daß die Polizisten unbestechlich sind.“ Als die Polizei im Herbst 1950 ins Zentrum des Interesses rückt, tritt Polizeiinspektor Stüber mit einer überraschenden Meldung an den KRO heran. Es geht um eine Angelegenheit, mit der die mangelhafte Ausstattung der Polizei drastisch hervorgehoben werden soll. Sir Ronald schreibt: „Am 9. September hat mich Polizeiinspektor Stüber aus Heide besucht. Er wollte mir erklären, warum ich über den Fund eines Leichnams in einem 1945 abgestürzten Flugzeug der Royal Airforce zuerst durch den Zoll informiert worden sei, statt durch die Polizei. Wie es scheint, darf die Gendarmerie das Telefon nur in außerordentlichen Notfällen benutzen, deshalb erreichte mich der Polizeibericht mit dem Fahrrad.“ Verwunderlich ist hier, daß der Brite überhaupt nicht nach den Umständen fragt, wie der Pilot zu Tode gekommen war. Diese Frage wäre gleich nach dem Krieg Anlaß für umfangreiche Ermittlungen gewesen.

Ganz im Zeichen seines Abschieds von Heide nimmt Sir Ronald noch einmal an einer Kreistagssitzung statt. Unglücklicherweise geht es um ein Thema, bei dem auch heute noch journalistische Berichterstatter stets über ihr strapaziertes Sitzfleisch klagen: „Die ersten drei Stunden der Sitzung galten dem Haushalt. Wie gewöhnlich, fragten die Mitglieder nach trivialen Dingen, bis sie der Landrat daran erinnerte, daß sie einen Finanzausschuß gewählt hätten, dem sie vertrauen könnten, und dessen Pflicht es sei, ausgewogene Tatsachen zu produzieren. Die Defizite, obwohl sie hoch seien, wären nicht so hoch wie in anderen Kreisen, so der Vorsitzende des Finanzausschusses Alfred Böttcher. Der schlechte Straßenzustand wurde erwähnt, aber der Landrat erklärte, daß keine Landesmittel verfügbar seien und daß deswegen nur kleinere Reparaturen durchgeführt werden könnten.“

Von einem glorreichen Abschied eines Vertreters der Siegermächte kann schließlich gar nicht die Rede sein. Bis zuletzt hat Sir Ronald mit der Schwerfälligkeit der britischen Bürokratie und mit Sparmaßnahmen zu kämpfen, die er in seinen letzten Berichten mit der ihm eigenen Ironie noch einmal beschreibt: „25. Juli. Es ist interessant zu

sehen, in welche Schwierigkeiten ein British Resident kommen kann, wenn seine Mannschaft auf zwei Leute reduziert ist und er kaum noch politische Kontakte hat. Ich versuche, mich derzeit in einer solchen Lage zurechtzufinden. Ein Kontaktmann beim Passant hat jetzt eine Stelle in der Industrie gefunden, und mein politischer Berichterstatter für beide Kreise hat eine neue Anstellung in Heidelberg. Mein Bürovorsteher, zugleich Verwaltungsspezialist, hat 14 Tage Urlaub. Das bedeutet, daß die Stenotypistin jetzt das Büro beaufsichtigt, während der Zeitungs- und Jagdfragen-Spezialist sich mit kommunalpolitischen Angelegenheiten zu befassen versucht. So haben weder ich noch irgendein anderer Mitarbeiter eine Chance, den Wahrheitsgehalt irgendeiner Mitteilung zu überprüfen. Im September ist der Landrat verreist, und dann wird es noch schwieriger herauszufinden, was wirklich im Kreis passiert. . . Zur Vervollständigung meines zweijährigen Dienstes in Norderdithmarschen, denke ich, daß es nur zu gerechtfertigt ist, wenn ich das Hauptquartier informiere, daß KROs in abgelegenen Regionen eine Gelegenheit haben sollten, dringende und nötige Reparaturen ohne Rücksprache und Erlaubnis von oben durchzuführen, denn dies dauert oft Wochen oder gar Monate. Am 9. Mai habe ich einen Reparaturantrag an die Verwaltung in Husum gerichtet und bis zum 28. Mai mehrmals wiederholt. Ende Mai habe ich noch einmal Kontakt zu Bezirks- und Landesstellen aufgenommen. Am 8. Juni besuchten mich endlich Mitarbeiter der Bauabteilung in Kiel und machten sich ausführliche Notizen, und am 22. Juni kam ein weiterer Gutachter. Ein Gasleck, eine geplatzte Wasserleitung, von der Wasser immer noch in die Wand sickert, und ein Loch im Dach machen Reparaturarbeiten dringend erforderlich. Und heute morgen erlitten meine Frau und meine Leute wegen eines Lecks im Kühlschrank fast eine Gasvergiftung. Das Leck war schon früher festgestellt worden, aber heute morgen kam es zur Katastrophe. . . Die einzige Abhilfe scheint zu sein, daß ich die Reparaturen aus meinem eigenen Portemonnaie finanziere.“

Sir Ronald ist am 19. Oktober 1952 gestorben. Barrock House in Wick, in der Grafschaft Caithness im äußersten Norden Schottlands gelegen, zieren heute noch zahlreiche Erinnerungstücke aus Dithmarschen. Tellingstedter Keramik ist hier zu finden und die erste Wahlliste mit den Unterschriften der Kandidaten – auf der natürlich die Signatur Willi Stammers fehlt. Auch das Abschiedsgeschenk des Kreises, ein Wandteller mit dem Dithmarscher Wappen, wird immer noch sorgfältig abgestaubt.

Literaturhinweise

- Glüsing, H., 1976. Dor war ik mi um kümmern. Heide.
 Matthiessen, M., 1980. Erinnerungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Meldorf.
 Schulz, W., 1986. Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Meldorf. Heide.
 Varain, H. J., 1964. Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958. Köln und Opladen.

Quellen

- Public Record Office London (PRO):
 FO 1006/72, 73, 105, 463, 468, FO 1060/3015
 Bundesarchiv Koblenz (BA):
 Z42 IV 4358, Z42 IV 7202

(Diese Arbeit entstand im Rahmen eines Stipendiums der Strassmann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung)